

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff: Artikel Ärztezeitung vom 21.3.2019, <https://www.aerzteblatt.de>

Datum: Sat, 23 Mar 2019 10:41:12 +0100

Von: E.W. <e-w@web.de>

An: patientenrechte@bmg.bund.de

An die Patientenbeauftragte

Guten Tag,

dem Ärzteblatt vom 21.3.2019 ist zu entnehmen, dass Sie als Patientenbeauftragte für die Widerspruchregelung sind.

Mit Frau Rimbach-Schurig bin ich entsetzt über Ihre Aussagen, die Sie vertreten. Zitat: "Die Einführung der Widerspruchslösung forcieren hingegen einen Kulturwandel. Es muss normal sein, dass man Organspender ist", betonte sie. Für eine nachhaltige Steigerung der Organspenden sei deshalb eine Kombination aus einer verbesserten Organisation und der Widerspruchslösung notwendig."

Es muss überhaupt nicht normal sein, dass Menschen, die sich im Sterbeprozess befinden, ihre Organe für andere Menschen hergeben. Als Beauftragte für die Patienten sollten Sie alle Belange der Patienten, das sind auch diese sterbenden Menschen, vertreten. Wenn Sie nicht beide Seiten sehen, werden Sie diesem Amt nicht gerecht! Die Würde des Menschen ist und bleibt unantastbar. Die Religionsfreiheit ist in unserem Grundgesetz ebenfalls verankert. Einige Religionen legen Wert auf die Unversehrtheit des Körpers. Christus hat nicht gesagt, dass sich Menschen für Menschen opfern sollen.

Die Widerspruchslösung ist zutiefst undemokratisch. In dieser sensiblen Frage von Leben und Tod braucht es eine besondere moralische und philosophische Absicherung durch wahrheitsgemäße Aufklärung in alle Richtungen. Der kommen Sie offensichtlich nicht nach, Herr Spahn ebenfalls nicht. Und es stellt sich bei misstrauischen Bürgern die Frage: Wer sponsert diese Attacke auf unser Grundrecht?

Diese unsägliche Anmaßung der Repräsentanten unseres Staates über sterbende Menschen zu entscheiden geht weit über das Ziel des würdevollen Umgangs mit Menschen hinaus. Dieser Kulturwandel wird eine Kultur des Todes sein. Ich empfehle Ihnen die gründliche Lektüre des Buches von Dr. Prof. Bavastro "Organ-Transplantation - Zukunftsweisend oder Irrweg des Zeitgeistes?"

Wenn jemand seine Organe anderen Menschen zur Verfügung stellen möchte, dann ist es seine ganz persönliche Entscheidung! Dafür benötigen wir keine Lösung. Die lateinische Übersetzung des Wortes „Lösung“ heißt Liquidation und weckt schreckliche Erinnerungen an das Dritte Reich! Wie kann man von Lösung sprechen, wenn es um den Tod von Menschen geht?

Mit besorgtem Gruß

E. W.



**Die Beauftragte der Bundesregierung
für die Belange der Patientinnen und Patienten**

Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten, 11055 Berlin

Frau

Hausanschrift

Friedrichstraße 108, 10117 Berlin

Postanschrift

11055 Berlin

Tel. +49 (0)30 18441-3424

Fax +49 (0)30 18441-4499

bearbeitet von:

Salha

www.patientenbeauftragte.de

AS P-96-

Berlin, 29. März 2019

Regelungen zur Organspende
Ihr Schreiben vom 23. März 2019
Seite 1 von 2

Sehr geehrte Frau W

vielen Dank für Ihr Schreiben zum o.a. Betreff. Die Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Frau Prof. Dr. Claudia Schmidtke MdB, hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Sie sprechen mit der Widerspruchslösung zur Organspende ein gesellschaftlich sehr wichtiges Thema an, das seit dem vergangenen Jahr vielschichtig diskutiert wird. Der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn wird als Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB) gemeinsam mit Dr. Georg Nüßlein MdB (CDU/CSU), Prof. Dr. Karl Lauterbach MdB (SPD) und Petra Sitte MdB (Die Linke) am 1. April 2019 einen Gesetzentwurf für die Einführung einer doppelten Widerspruchslösung vorstellen. Danach soll künftig jede und jeder Deutsche automatisch ein Spender sein, so lange sie oder er nicht ausdrücklich widerspricht. Von einer doppelten Widerspruchslösung ist die Rede, weil auch die Angehörigen im Sinne des potenziellen Spenders widersprechen können sollen.

In Bezug auf diese Organspenderregelung ist immer wieder zu betonen, dass mit der Widerspruchslösung keine Pflicht zur Organspende verbunden ist. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der aus Sicht der Patientenbeauftragten in der Debatte leider gelegentlich untergeht. Die Spende bleibt wie bisher freiwillig. Jede Person hat die Möglichkeit, einer Organspende einfach und unbürokratisch zu widersprechen. Zudem werden die Angehörigen befragt, sollte jemand sich nicht zu Lebzeiten geäußert haben.

Der Eingriff in die Grundrechte besteht damit in der Verpflichtung, einmal eine Entscheidung zu treffen. Entscheidet man sich nicht, gilt man als Spenderin oder Spender bzw. die Angehörigen entscheiden. Angesichts der vielen tausend Menschen, die in Deutschland verzweifelt auf ein Spenderorgan warten, hält die Patientenbeauftragte diese Pflicht für zumutbar. Auch darf nicht in Vergessenheit geraten, dass jeder von uns schon morgen in die Situation kommen könnte, auf eine Organspende angewiesen zu sein.

Die Patientenbeauftragte hat sich als Bundestagsabgeordnete klar für die Widerspruchsregelung ausgesprochen, respektiert aber die Gegenpositionen und erkennt an, dass beide Seiten die Auseinandersetzung mit Fairness führen. Eine möglichst breit geführte Debatte dieses Themas ist nicht nur wünschenswert, sondern erforderlich.

Abschließend möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die Widerspruchslösung in anderen europäischen Ländern, wie beispielsweise Spanien, bereits erfolgreich angewendet wird. Diese Regelung gilt in Bulgarien, Frankreich, Irland, Italien, Lettland, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich, Polen, Portugal, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, der Türkei, Ungarn und Zypern. In einigen Ländern haben die Angehörigen das Recht einer Organentnahme bei der verstorbenen Person zu widersprechen, sollte keine Entscheidung der verstorbenen Person vorliegen. Die Widerspruchsregelung mit Einspruchsrecht der Angehörigen gilt in Belgien, Estland, Finnland, Litauen und Norwegen.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit diesen Informationen helfen konnte und wünsche Ihnen weiterhin alles Gute!

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Ramona Salha

E. W.

Verehrte Frau Salha,

es ist immer dieselbe Masche!

Man bekommt als protestierender Mensch zwar eine höfliche Antwort, aber man wird behandelt, als hätte man keine Ahnung, und wird zugedeckt mit Informationen und Argumenten, die man bereits zur Genüge kennt. Wir Kritiker der Transplantationsmedizin protestieren nicht, weil wir zu wenig wissen, **wir protestieren, weil wir zu viel wissen** und die Halbwahrheiten, Manipulationen und Beschwichtigungen der Transplantationslobby schwer ertragen. Ihre Belehrung war daher überflüssig.

Dass auch die Widerspruchslösung (zurzeit!) keine Pflicht zur Organspende darstellt, war mir durchaus bekannt. Aber die Beobachtung über die Jahre zeigt eine beängstigende Entwicklung: Erst wird die reine „Spende“ propagiert mit Hilfe des moralischen Drucks der Kirchen, dann erfindet man die Widerspruchslösung als Pflicht zur Entscheidung, um den moralischen Druck zu erhöhen. Ich frage: Wann werden die Daumenschrauben weiter angezogen, wenn die Bundesbürger/innen nicht so spüren, wie es die DSO, BMG, BZgA und die Pharmaindustrie wünschen?

Außerdem frage ich mich, wie die Patientenbeauftragte zu der Anerkennung kommt, dass beide Seiten die Auseinandersetzung mit Fairness führen. Die Kritiker der dunklen Seiten der Transplantationsmedizin machen die Erfahrung, dass Fairness in der Debatte für sie selten oder nicht gilt.

Daher spare ich mir auch weitere Kommentare zu Ihrem Schreiben. Sie würden mehrere Seiten füllen. Niemand ist so taub wie der, der nicht hören will und niemand so blind, wie der, der nicht sehen will. Ich habe kaum Hoffnung, dass die politische Elite zum Umdenken bereit ist. Unsere Gesellschaft steuert wieder rückwärts auf ein Töten und Opfern zu, allerdings nicht mehr auf einem offenen Altar, sondern hinter den dichten Wänden eines Operationssaales.

Wenn die Widerspruchslösung kommen sollte, kann ich nur hoffen, dass viele Menschen die Wahrheit hinter der oberflächlichen und teilweise geschmacklosen Werbung suchen und sich nicht Sand in die Augen streuen lassen.

Ihre leider zornige

E. W.